

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 16. Sitzung des Rates

vom: **31.08.2022**

von: **16:00 Uhr**

bis: **16:50 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen	als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	
Stv Bell, Achim	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Bleckmann, Lisa	
Stv Böcking, Verena	
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dil, Yilmaz	
Stv Dylong, Barbara	
Stv Eberlein, Birgit	
Stv Eckhardt, Klaus	
Stv Englert, Franz	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Grisse, Robert	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Harnacke, Maik	
Stv Heilmann, Martin	
Stv Helm, Martin	
Stv Heupel, Rüdiger	
Stv Hof, Felix	

1. stellv. BM Jung, Angela
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv Köckritz, Anja Alexandra
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv Kraft, Florian
Stv Krumm, Heike
Stv Langer, Günther
Stv Lechthaler, Tim
Stv Mäckeler, Bernd
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Nüchtern, Markus
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Reifenrath, Frank
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schneider, Silke
Stv Schoew, Torsten
Stv Schwarzer, Michael
Stv Shirley, Julia
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Stahl, Peter H.
Stv Steffe, Roland
Stv Steuber, Hartmut
Stv Stinner, Jürgen
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Wagener, Tanja
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel

Aufgrund besonderer Einladung

Frau Drößler
Herr Petin
Herr Hellbach

Von der Verwaltung:

StK Cavelius
Dezernent Schmidt

Städt. Lt. RD Schneider-Reimann
Städt. VD Werthenbach
VA Dr. Schutz
StAR Munker

Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Boller, Joachim
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah
Stv Kamieth, Jens
Stv Keßler, Silvia
Stv König, Svenja
Stv Lorenz, Reiner
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Schmidt, Sabrina
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Zybill, Dr. Christian

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden Frau Barbara Dylong und Herr Bernd Mäckeler als neue Mitglieder des Rates vereidigt.

**1. Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!"
Entscheidung über den Antrag auf Vorprüfung**

Vorlage Nr. VL 1020/2022

Die Vertreter des Bürgerbegehrens, Frau Drößler, Herr Petin und Herr Hellbach, erläutern umfassend ihr Anliegen.

Die SPD-Fraktion bestätigt die Initiierung eines Bürgerbegehrens als ein in der Gemeindeordnung verankertes Recht, welches zur Stärkung der Demokratie beiträgt, erklärt Herr Pfeiffer. Daher kann man dieses formal unterstützen, ausdrücklich aber nicht inhaltlich folgen. Die schulpolitische Realität wird auch weiterhin durch das Wahlverhalten der Eltern bestimmt.

Frau Pflogsch hält fest, auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürworte das Bürgerbegehren als demokratisches Element, stehe aber inhaltlich zu dem Ratsbeschluss vom 15.06.2022. Sie hält es für wichtig, schnellstmöglich für alle Beteiligten Klarheit zu schaffen. Würde die Vorlage heute abgelehnt, könnte es zu Verzögerungen durch juristische Prüfungen kommen, was als unzumutbar erachtet wird. Die Anmeldezahlen in den vergangenen

Jahren haben immer wieder den Trend zu einer vierten Gesamtschule aufgezeigt, wogegen die Anmeldungen an der Hauptschule wiederholt unter den Mindestanforderungen lagen bzw. liegen. Generell müssen für eine stabile Schullandschaft die Möglichkeiten für eine aktive Gestaltung geschaffen werden, anstatt immer wieder nur zu reagieren. Die möglichen Folgen eines positiven Entscheids müssen im Verfahren offen und transparent dargelegt werden.

Die Linken stehen generell für Bürgerbeteiligung und begrüßen ein aktives Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger, erklärt Frau Schneider. Der angestrebte Bürgerentscheid ist jedoch in mehrerer Hinsicht mit Mängeln behaftet. Der Abstimmungstext beinhaltet nicht, welche Schulen konkret erhalten werden sollen sondern vermittelt den Eindruck, ein System erhalten zu wollen. Das jetzige System werde aber der Realität nicht gerecht. Darüber hinaus könne an einem Bürgerentscheid eine für die Schulfrage maßgebliche Bevölkerungsgruppe nicht teilnehmen, da sie die formalen Voraussetzungen nicht erfülle. Dieser Punkt sei zugegebener Maßen vom Rat nicht zu lösen.

Herr M. Klein teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion der Stimme enthalten wird. Ein Bürgerbegehren sei ein anerkanntes demokratisches Element und grundsätzlich zulässig. Inhaltlich würde sich beim Erhalt der Haupt- und Realschulen aber langfristig keine Veränderung zu dem ergeben, was Anlass für die zurückliegende Ratsentscheidung war. Die Anmeldezahlen lassen nicht erwarten, langfristig den Betrieb dieser Schulen sicherzustellen.

Herr Steffe verweist auf die Programmatik der AfD für mehr Teilhabe der Bürger an den Entscheidungen in der Kommune. Sie ist gegen eine einseitige Förderung der Gesamtschulen zu Lasten der Haupt- und Realschulen und wünscht, die schulische Vielfalt mit Differenzierung und individueller Förderung zu erhalten.

Herr H. Klein erachtet das Anliegen der Petenten für unzulässig, da es in die originären Rechte des Rates eingreift. Der Rat kann seines Erachtens nicht gezwungen werden die Schulen zu erhalten, auch wenn keine entsprechenden Schülerzahlen vorhanden sind. Er sieht keinen Grund, den Rechtsweg zu vermeiden.

Bürgermeister Mues merkt an, dass Schulfragen nicht im Vorbehaltskatalog des Rates in der Gemeindeordnung enthalten sind. Die verwaltungsseitig bestehenden Bedenken zur Zulässigkeit dieses Bürgerbegehrens seien in der Vorlage dargelegt. In der Abwägung schlage man eine formale Anerkennung vor, um ein möglicher Weise zeitraubendes Klageverfahren zu vermeiden. Angesichts eines Schreibens der anwaltlichen Vertretung der Petenten, welches ihm aber erst nach Sitzungsbeginn bekannt wurde wäre auch ein anderer Vorschlag nicht ausgeschlossen gewesen.

Herr Werthenbach verliest sodann das genannte Schreiben, in dem die Kostenschätzung als nicht korrekt bezeichnet wird, da in dieser der Erhalt der Achenbacher Schule sowie der Realschulen Am Oberen Schloss und Auf der Morgenröthe genannt sind. Die Stadt Siegen werde aufgefordert, (Zitat) „die Fragestellung des Bürgerbegehrens nicht eigenmächtig abzuändern und eine Kostenschätzung vorzulegen, die auch den Erhalt einzelner Schulen und damit den Entfall zusätzlicher Gebäude zutreffend abbildet“.

Bürgermeister Mues hält fest, dass die Verwaltung lediglich vorgeschlagen habe, die genannte Ergänzung vorzunehmen, um die Fragestellung konkreter zu formulieren. Wenn nun aber die Frage der Kostenschätzung so interpretiert werde, alle möglichen denkbaren Varianten zu berechnen, werde die Fragestellung zunehmend unkonkret.

Die Volt-Fraktion spreche sich klar für eine vierte Gesamtschule aus, da die Fakten dafür sprechen, so Herr Wittenburg. Die Initiierung des Bürgerbegehrens sei sachlich zulässig, mache aber die Schülerinnen und Schüler zum Spielball der Politik. Er werde dem Verwaltungsvorschlag letztlich zustimmen, auch um einen langen Rechtsstreit zu verhindern.

Ein Bürgerbegehren sei ein Instrument gelebter Demokratie und die UWG-Fraktion werde diesem zustimmen, auch wenn inhaltlich andere Auffassungen bestehen, erklärt Herr Bertelmann. In diesem Fall werde das Ansinnen jedoch unterstützt. Eine Enthaltung sei der Sache nicht dienlich.

Herr Walter und Herr Sondermann schließen sich für die FDP-Fraktion und die GfS-Fraktion ihrem Vorredner an.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen stellt im Rahmen des Vorprüfungsantrages fest, dass das am 20.06.2022 angezeigte Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!" zulässig ist.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Stimmen dagegen), mehrere Enthaltungen

16. Rat 31.08.2022

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin